

## Beschluss Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend: Radikaler Klimaschutz jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend dafür sein, ob Berlin die Pariser  
2 Klimaschutzziele einhalten kann. In den nächsten 5 Jahren entscheiden wir, wie  
3 wir zukünftig leben wollen und können. Der Deutsche Wetterdienst und auch der  
4 Klimawandeldienst Copernicus bescheinigen, dass 2024 das wärmste Jahr seit 1850  
5 war. Erstmals lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem  
6 vorindustriellen Niveau. Das ist ein massives Problem: Mit der Überschreitung  
7 der 1,5 Grad Grenze droht das Überschreiten von planetaren Kippunkten und das  
8 Eintreten von irreversiblen Schäden, die unser Überleben gefährden. Schon jetzt  
9 sterben in Deutschland Menschen an den Folgen der Klimakrise. In Berlin ist  
10 insbesondere Hitze ein Problem. Wir müssen jetzt handeln, denn jede Tonne  
11 ausgestoßene Treibhausgase zählt. Gleichzeitig sehen wir, dass der schwarz-rote  
12 Senat die existenzielle Notwendigkeit von Klimaschutz verkennt und dringend  
13 benötigte Schutzmaßnahmen für die Menschen in unserer Stadt nicht umsetzt. Dabei  
14 gibt es so viel zu tun:

#### 15 Klimagesetz stärken

16 Die Zeit wird knapp. Wenn Berlin die nächsten 5 Jahre nicht auf Vollgas-  
17 Klimaschutz umstellt, wird das 2030-Ziel faktisch unerreichbar. Das  
18 Klimaschutzgesetz und die Selbstverpflichtungen von Paris reichen nicht aus,  
19 schon jetzt haben wir die 1,5 Grad Marke überschritten. Wir müssen  
20 ambitionierter werden und nicht erst 2050 wie das Klimaschutzgesetz Berlins,  
21 oder 2045 wie die Grünen Berlin für die Klimaneutralität anstreben, sondern  
22 bereits 2030 klimaneutral zu sein, muss unsere Maßgabe sein. Aus den Zielen im  
23 Berliner Klimaschutzgesetz müssen Verpflichtungen werden, die bei  
24 Nichteinhaltung sanktionsfähig sind und Interventionen nach sich ziehen.

#### 25 Klimaschutz geht nur sozial gerecht

26 Klimaschutz und Sozialpolitik gehören für uns untrennbar zusammen. Das wollen  
27 wir im Wahlprogramm der Grünen genau so festschreiben. Denn: Für den Klimaschutz  
28 dürfen Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Her mit dem Klimageld  
29 auf Bundesebene! Berlin muss zudem sicherstellen, dass Klimaschutz durch  
30 Sanierungen nicht zu teuren Nettowarmmieten führt. Für uns ist klar: Für  
31 Klimaschutzmaßnahmen müssen immer die Akteure zahlen, die sie verursachen:  
32 Klimaverschmutzende Konzerne!

#### 33 Energieversorgung neu denken: Berlin als Solarstadt

34 Berlin muss massiv in erneuerbare Energien investieren, um unabhängig von  
35 fossilen Energien zu werden. Es darf keine neuen Investitionen in fossile  
36 Energien geben.

37 Dafür braucht es eine Solarpflicht: Solaranlagen zu installieren muss bei  
38 Neubauten und Sanierungen verpflichtend werden. Öffentliche Gebäude,  
39 Gewerbedächer, an Fassaden und über Parkplätze, überall müssen Solaranlagen  
40 angebracht werden. Damit die Nettowarmmieten gleich bleiben, braucht es eine

41 umfassende finanzielle Unterstützung. Zudem müssen bürokratische Hürden in der  
42 Beantragung und Genehmigung abgebaut werden, mehr Personal in den relevanten  
43 Verwaltungen angestellt werden und umfassende Beratungs- und  
44 Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

45 Die Berliner Stadtwerke sollen in den umliegenden Bundesländern erneuerbare  
46 Energie-Infrastruktur kaufen. Außerdem sollen die Berliner\*innen dabei  
47 unterstützt werden Energiegenossenschaften zu gründen und ihren Strom oder ihre  
48 Wärme selbst zu produzieren. Damit dieses Angebot auch von Menschen mit wenigen  
49 finanziellen und zeitlichen Ressourcen genutzt werden kann, sollen  
50 Quartiersmanagementbüros aufsuchende Pilotprojekte starten.

#### 51 Keine Profite mit unseren Grundbedürfnissen!

52 Berlin hat die Strom- und Fernwärmenetzwerke zurück zurückgekauft. Wärme und  
53 Strom sind Grundbedürfnisse und dürfen nicht Profitlogiken unterliegen. In einem  
54 klimaneutralen Berlin werden wir absehbar kein fossiles Gas und dadurch auch  
55 keine Gasverteilnetze mehr benötigen. Es muss daher still gelegt werden. Zentral  
56 für uns ist, dass dieses auslaufende Modell nicht zum Profit privater  
57 Unternehmen und zur Belastung öffentlicher Kassen sowie der betroffener  
58 Berliner\*innen werden darf. Betroffene müssen rechtzeitig über die Stilllegung  
59 informiert und die Beschäftigten in den Prozess eingebunden werden. Wie Strom  
60 und Wärme produziert und verteilt werden, wollen wir gemeinsam demokratisch  
61 entscheiden. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Einführung eines  
62 Verwaltungsrates bei BEW wie ihn der Berliner Energietisch vorgeschlagen hat.  
63 Das Berliner Wärmenetz ist veraltet und muss massiv umgebaut werden, um  
64 zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Die GASAG muss bei den  
65 Investitionen für die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien  
66 beteiligt werden, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Auch das Stromnetz  
67 muss zukünftig umfassend ausgebaut werden, um neuen Bedarfen gerecht zu werden:  
68 neue Wärmepumpen, das Einspeisen von erneuerbaren, dezentral produzierten Strom  
69 und Ladestationen überall in der Stadt. Berlin muss diese Chance nutzen, die  
70 Klimapolitik direkt zu steuern. Wer Strom und Wärme bezieht, sollte auch  
71 mitentscheiden können, wie sie produziert wird. Strom und Wärmekosten dürfen  
72 nicht ins Unermessliche steigen. Deswegen ist es wichtig die Verbraucher\*innen  
73 mit einem Energie- und Wärme-Preisdeckel zu schützen. Wir wissen, der Markt  
74 regelt nicht, sondern die Politik muss den Rahmen setzen.

#### 75 Der Wärmewende einheizen

76 Rund die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Berlin kommt aus der Gebäudewärme. Wenn  
77 Berlin klimaneutral werden will, muss die Wärmeversorgung radikal umgestellt  
78 werden. Zu lange aber wurde die Wärmewende verschlafen - wir brauchen jetzt  
79 Antworten, Lösungen und Unterstützungsangebote für Privathaushalte und  
80 Verbraucher\*innen: Welche Wärme für sie infrage kommt, was in ihrem Viertel  
81 entstehen wird und welche Gemeinschaftslösungen kman finden kann. Berlin hat  
82 einen hohen Anteil an Fernwärme. Sowohl die dezentrale Wärmeversorgung, als auch  
83 die Fernwärme beruhen jedoch weiterhin zu großen Anteilen auf Ergas. Auch hier  
84 muss der Gasausstieg und eine Dekarbonisierung stattfinden. Das Gasnetz muss  
85 stillgelegt werden, statt es für Wasserstoff umzuwandeln:

86 Wasserstoff dezentral zu verwenden ist ineffizient. "Grün" ist Wasserstoff nur,  
87 wenn er aus Überschüssen erneuerbarer Energie erzeugt wird. Für die Gewinnung  
88 von Wasserstoff entsteht somit ein zusätzlicher Strombedarf. Auch hier bestehen

89 Risiken von neuen Abhängigkeiten und unkontrollierten Transportwegen, die zudem  
90 technisch fragwürdig sind. Die Herstellung von "blauem" Wasserstoff ist nicht  
91 erneuerbar, bleibt von fossilen Energieträgern abhängig und ist sehr  
92 energieaufwendig. Blauer Wasserstoff ist wie CCS eine Ablenkungstaktik, die  
93 letztendlich zu weiteren Investitionen für fossile Energieträger führt und wird  
94 die Klimakrise nicht lösen. Eine Umwandlung des Gasnetzes in ein Wasserstoffnetz  
95 lehnen wir deswegen ab. Die Verbraucher\*innen müssen in den Prozess der  
96 Transformation mit eingebunden und rechtzeitig informiert, sowie in der  
97 Umrüstung auf Wärmepumpen oder wenn nötig auf Fernwärme unterstützt werden.

98 Die Wärmeversorgung muss unabhängig von fossilen Rohstoffen werden. Damit  
99 Fernwärme in Berlin klimafreundlich wird und bezahlbar bleibt, braucht es einen  
100 neuen Plan, der konsequent sämtliche Abwärme-, Umweltwärme-, Erdwärme- und  
101 Wärmespeicherpotenziale ausschöpft und anerkennt, dass der Einsatz von Biomasse,  
102 Müll und Wasserstoff nicht klimafreundlich ist und auf ein Minimum begrenzt  
103 werden muss. Fernwärme ist nur sinnvoll als Klimaschutzmaßnahme, wenn sie  
104 erneuerbar erzeugt wird.

105 Auch Biomasse ist hier nicht die Lösung. Holzverbrennung verursacht darüber  
106 hinaus gesundheits- und klimaschädliche Feinstaub- und Rußbelastungen.  
107 Holzverbrennung ist eine Hypothek auf die Zukunft – es braucht Jahrzehnte bis  
108 Jahrhunderte, bis das durch die Verbrennung freigesetzte CO<sub>2</sub> wieder durch  
109 nachwachsende Bäume gebunden ist. Statt Holz zu verfeuern, sollte es entweder  
110 zum Biodiversitäts- und Klimaschutz im Ökosystem Wald verbleiben oder stofflich,  
111 z.B. als Bau- oder Dämmstoff, genutzt werden. Nur so bleibt klimaschädliches CO<sub>2</sub>  
112 für einen möglichst langen Zeitraum im Holz gebunden.

113 Auch die Abfallverbrennung verursacht Treibhausgase. Die Abwärme der  
114 existierenden unvermeidlichen Müllverbrennung soll jedoch genutzt werden. Die  
115 Müllproduktion und Verbrennung soll insgesamt im Sinne der Berliner Zero-Waste-  
116 Strategie möglichst gesenkt werden. Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling  
117 gehen vor. Zusammen mit den Beschäftigten der BWE und der Zivilgesellschaft soll  
118 ein Konzept erarbeitet werden, wie Fernwärme zu 100% erneuerbar werden kann.

119 Zudem fordern wir massive Investitionen in dezentrale Wärmepumpen, die dem  
120 Gasnetz Konkurrenz machen, aber auch zentrale Großwärmepumpen. Die Investitionen  
121 in Wärmepumpen schützen vor alten Gas- und neuen Wasserstoffabhängigkeiten.

122 Es braucht Investitionen in den Ausbau von Geothermie und die effizientere  
123 Nutzung von Abwärme von Abwasser, Flusswasser, Rechenzentren und  
124 Industriegebieten. Wo nicht Photovoltaik genutzt wird, muss auch die  
125 Solarthermie ausgebaut werden. Zudem müssen Flächen für Wärmeplanung vorgesehen  
126 werden. Projekte zum Ausbau von dezentralen Wärmepumpenclustern und zur  
127 Gebäudesanierung sollen finanziell und durch Beratungsangebote unterstützt  
128 werden für eine niedrigschwellige und selbstbestimmte Transformation der  
129 Wärmeversorgung. Wichtig ist insbesondere, dass finanzielle Mittel nicht erst  
130 von den Privatpersonen vorgestreckt werden müssen, damit sich alle Menschen die  
131 Transformation leisten können.

132  
133 Wir wissen aber, dass nicht alle Berliner\*innen in Fernwärmenetzgebieten wohnen.  
134 Gerade in Gebieten, in denen keine Fernwärme umsetzbar ist, muss über  
135 Alternativen aufgeklärt und Lösungen wie Nahwärmenetze und nachbarschaftliche  
136 Lösungen gefördert werden. Wir fordern deshalb, dass der Senat Wärmeberatungen

137 in allen Bezirken finanziert und gesetzliche sowie verwaltungstechnische Hürden  
138 für Nahwärmenetze und kooperative Lösungen zwischen privaten und öffentlichen  
139 Abnehmer\*innen fördert.

140 Her mit der Kohle - Weg mit der Schuldenbremse!

141 CO<sub>2</sub> und Treibhausgasemissionen müssen radikal gesenkt werden. Zudem braucht es  
142 die beschriebenen umfassenden Anpassungsmaßnahmen, damit wir zu jeder Jahreszeit  
143 gut in unserer Stadt leben können. Das alles kostet Geld: deswegen bekräftigen  
144 wir: Weg mit der Schuldenbremse. Wir brauchen massive Investitionen in  
145 Klimaschutz, Klimaanpassungsmaßnahmen und Klima-Infrastruktur wie die Sanierung  
146 öffentlicher und privater Gebäude, die Geothermie, den Solarausbau und eine  
147 zukunftsfähige Wärmeversorgung.

148 Wir dürfen nicht vernachlässigen, dass die Klimakrise auch eine komplexe  
149 ökologische Krise und Querschnittsthema ist, deswegen fordern wir:

150 • Vegan- und Bio-Standard: vegane, vegetarische, bezahlbare und nachhaltige  
151 Optionen in allen Kitas, Schulen und Behörden, Verbot von fleischhaltigen  
152 Angeboten. Jede öffentliche Einrichtung (Schulen, Universitäten, Behörden,  
153 Krankenhäuser) sollte täglich eine vollwertige, bezahlbare vegane Mahlzeit  
154 anbieten. Subventionen für Fleisch- und Milchprodukte müssen gestrichen  
155 oder auf nachhaltige pflanzliche Alternativen umgelenkt werden.

156 • Tierfreundliches Stadttauben-Management

157 ◦ Betreute Taubenschläge mit Eiertausch statt Töten: Erfolgreiche  
158 Konzepte aus anderen Städten (z. B. Augsburg) sollten auch in Berlin  
159 umgesetzt werden.

160 ◦ Verbot der privaten Fütterung, aber Einrichtung offizieller  
161 Futterstellen: Um unkontrollierte Vermehrung und gesundheitliche  
162 Probleme zu verhindern.

163 • Ökologie

164 ◦ Insekten sichern Ökosysteme – Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit und  
165 Nahrungsnetze hängen direkt von Insekten ab. Gesunde Ökosysteme mit  
166 hoher Biodiversität sind widerstandsfähiger gegen Klimafolgen.

167 ■ Verbot von Schottergärten: Diese sind ökologisch wertlos und  
168 zerstören Lebensräume für Insekten und Kleintiere.

169 ■ Pflicht für insektenfreundliche Beleuchtung: Straßenlaternen  
170 und Gebäudeleuchten müssen so umgerüstet werden, dass sie  
171 nachtaktive Insekten nicht anlocken und töten.

172 ■ Schaffung von mehr Blühstreifen und geschützten Nistflächen  
173 für Bienen

174 ■ Mehr Mittel für eine nachhaltige Grünpflege, welche  
175 insbesondere Berliner Zielarten in den Fokus nimmt

- 176           ◦ Moore und Feuchtwiesen speichern Kohlenstoff und tragen aktiv zu  
177           mehr Klimaschutz bei. Wir fordern deshalb, dass im Sinn der  
178           Klimaziele die konsequente Wiedervernässung von Mooren und  
179           Feuchtwiesen in Berlin vorangetrieben wird. Es muss sichergestellt  
180           werden, dass alle diese Flächen angemessen mit Wasser versorgt  
181           werden.
- 182           ◦ Waldumbau konsequent vorantreiben: Um die Berliner Wälder  
183           resilienter gegen Trockenheit und Waldbrände zu machen und die  
184           Anreicherung von Grundwasser zu stärken, brauchen wir mehr  
185           Mischwälder. Das unter Rot-Grün-Rot gestartete Programm zum Umbau  
186           der Berliner Wälder muss vorangetrieben werden. Auch den Bezirken  
187           müssen entsprechende Mittel zum Umbau von Park- und Grünflächen zur  
188           Verfügung gestellt werden.

189 Klimaanpassung konsequent umsetzen

190  
191 Bereits heute süren wir wie Hitzewellen und Extremwetterereignisse das Berliner  
192 Stadtklima massiv beeinflussen. Die zunehmende Erderwärmung verschärft diese  
193 Entwicklung. Wasser wird in der Stadt zunehmend zu einer knapperen Ressource  
194 und gleichzeitig spüren vor allem Menschen mit geringen Einkommen und in der  
195 Obdachlosigkeit die Erhitzung der Stadt am stärksten . Wir fordern deshalb:

- 196           • Entsiegelung und Begrünung muss vorangebracht werden: Es geht nicht, dass  
197           Schwarz-Rot die Entsiegelungsmittel des Stadtverschönerungsprogramms  
198           eingestampft hat. Fakt ist: Wenn wir Klimaschutz vor Ort leisten wollen,  
199           brauchen wir mehr Entsiegelung, mehr Begrünung und mehr Schatten. Wir  
200           brauchen hierfür eine unkomplizierte, direkte Hilfe für die Bezirke.
- 201           • Hitzehilfe im Sommer: Gerade einkommenschwache und obdachlose Menschen  
202           sind im Sommer Hitzewellen oft schutzlos ausgeliefert. Parallel zur  
203           Kältehilfe brauchen wir im Sommer eine flächendeckende Hitzehilfe, um  
204           kühle Räume, medizinische Unterstützung und Schutz zu bieten.
- 205           • Wasserverschwendung entgegenzutreten: Während Trockenperioden in Berlin  
206           immer mehr zur Regel und das Wasser in der Spree immer knapper wird, gibt  
207           es weiterhin sowohl umfassende, kostenlose Entnahmen von Wasser aus  
208           Fließgewässern sowie Menschen, die für Rasen und Pool massive Mengen  
209           Wasser verwenden. Wir fordern, dass es unterschiedliche Wassertarife für  
210           Normal- und Großverbraucher geben soll.

211 Die Klimakrise war 2021 und 2023 das bestimmende Thema und der rote Faden im  
212 Wahlprogramm der Grünen für die Abgeordnetenhauswahl. Die Krise hat sich  
213 zugespitzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grünen Berlin nicht hinter ihren  
214 bisherigen Forderungen zurückbleiben und sozialgerechten Klimaschutz wieder als  
215 ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und ihres gesamten  
216 politischen Arbeitens stellen. Wenn nicht wir, wer sonst? Das Thema Klima muss  
217 auch gesamtgesellschaftlich wieder ein zentrales Thema werden. Die Krise löst  
218 sich nicht von selbst, wenn wir einfach nicht darüber sprechen. Auch die  
219 Verteidigung des Tempelhofer Felds, des Emmauswalds, der A100 und der Wuhlheide  
220 sind Kämpfe im Kontext der Klimakrise und des Kapitalismus.

- 221 Im Wahlprogramm Prozess setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein  
222 wissenschaftliche und aktivistische Expert\*innen zum Thema Gasausstieg und Wärme  
223 Potentialen hinzuzuziehen.